

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzelle 15 Groschen, die einpaltige Reklamezelle 125 Groschen, Danzig 10 bzw. 0 D. B. Deutschland 10 bzw. 7 Goldpfg., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorrat und schwerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Obergrenze 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zl., monatlich 4,50 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Zl., monatlich 5,39 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zl., Danzig 8 Gld., Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt Betriebsstörung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Nr. 281.

Bromberg, Freitag den 5. Dezember 1930.

54. Jahrg.

Neue Regierung in Oesterreich.

Ein Kabinett Ender-Schober.

Erst am gestrigen Mittwochabend ist es nach vielstündigen Verhandlungen endlich gelungen, die Koalition zwischen der Christlich-Sozialen Partei und dem Schoberblock zu bilden und die Liste der neuen Regierung aufzustellen.

Die Kabinettsliste übernimmt, die die „Post. Ztg.“ aus Wien meldet, der vom Bundespräsidenten designierte christlich-soziale Dr. Ender, bisher Landeshaupmann von Vorarlberg. Das Vizekanzleramt und das Außenministerium erhält Dr. Schober, das Innenministerium der Landesführer Winkler, das Finanzministerium der bisherige Finanzminister Dr. Fuch, ein den Christlich-Sozialen nahestehender Beamter, das Handelsministerium der Wiener Christlich-Soziale Heisl, das Unterrichtsministerium der niederösterreichische Christlich-Soziale Dr. Czermak, das Justizministerium der Obmann der Großdeutschen Partei Dr. Schürff, gewesener Handelsminister in den Kabinetten Dr. Seiwels, das Heeresministerium der bisherige Bundeskanzler Vaugoin, der bereits seit zehn Jahren dieses Amt verwaltet, das Ackerbauministerium der Tiroler Christlich-Soziale Thaler.

Nur das Ministerium für soziale Verwaltung wurde noch nicht besetzt und soll, wie es heißt, einem Beamtenminister unterstellt werden.

Die neue Regierung soll sich schon heute dem Nationalrat vorstellen. In einer vor der Hausführung anberaumten Obmannerkonferenz der Parteien soll die Besetzung des Präsidiums des Nationalrats entschieden werden.

Die politische Krise in Oesterreich ist beendet, die neue Regierung ist gebildet. An ihrer Spitze steht der Landeshaupmann von Vorarlberg, Dr. Otto Ender. Er gehört der Christlich-Sozialen Partei an, war aber an den letzten politischen Kämpfen der letzten Zeit nicht beteiligt. Er trägt also keine Verantwortung für die Schwelung, die die Christlich-Sozialen unter Führung Vaugoin's zugunsten der Heimwehr durchgemacht haben, eine Schwelung, die zu den Neuwahlen geführt hat. Zusammen mit dem Landeshaupmann von Niederösterreich Dr. Karl Buresch hat Dr. Ender versucht, eine Rückkehr zu der früheren bürgerlichen Koalition zu ermöglichen. Dieser Versuch ist von Erfolg gekrönt worden: an Stelle der Regierung Vaugoin-Starhemberg ist die Regierung Ender-Schober getreten.

Es ist äußerst bezeichnend, daß der ehemalige Bundeskanzler Schober den Posten des Vizekanzlers übernommen hat, den in der Regierung Vaugoin der ehemalige Bundeskanzler Dr. Seipel innehatte. Seipel und Schober sind nicht gerade als Freunde zu bezeichnen. Sie scheinen nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch persönlich nicht gut miteinander auszukommen. Dr. Seipel hat in der letzten Zeit aus seiner Zuneigung zu der Heimwehr kein Hehl gemacht. Er war es, der dem Rechtsflügel der Christlich-Sozialen Partei unter Führung von Vaugoin das Übergewicht verlieh, was zum Bruch mit Schober den unmittelbaren Anlaß gab. Es muß offen zugegeben werden, daß diese Politik Dr. Seipels keine erspriechlichen Ergebnisse gezeitigt hat. Die Orientierung zur Heimwehr hat sich, wie die Wahlen vom 9. November gezeigt haben, nicht bewährt. Die Heimwehrbewegung konnte im Wahlkampf keinen Erfolg erzielen. Ihre acht Mandate hat sie nur dank der Listen-gemeinschaft in einigen Ländern errungen. Die Regierung Vaugoin-Starhemberg, die als Minderheitsregierung in den Wahlkampf ging, ist aus dem Wahlkampf geschwächt hervorgegangen. Trotzdem dauerte es mehr als drei Wochen, bis sie daraus Folgerungen zog und einer neuen Regierung Platz machte. Dieses Zögern zeigte deutlich, wie ungenügend Vaugoin und die beiden Heimwehrminister Starhemberg und Hueber ihre Plätze räumten. Doch sie wurden dazu schließlich gezwungen, da Dr. Schober, sich auf die Parteien der Mitte stützend, darauf bestand.

Der neue österreichische Bundeskanzler wird im Parlament kein leichtes Spiel haben. Die Regierung verfügt über 85 von insgesamt 165 Stimmen. Sie hat gegen sich die größte Partei Oesterreichs, die Sozialdemokratie, die aus den Wahlen gestärkt hervorgeht. Die Abstimmungen im Nationalrat können unter Umständen manche Überraschung bringen. Dr. Ender, der heute im 55. Lebensjahre steht, ist seit 1918 Landeshaupmann von Vorarlberg. Rechtsanwalt von Beruf, ging er mit großer Geschicklichkeit seinen Funktionen nach. Es kann erwartet werden, daß er sich allen Schwierigkeiten gewachsen zeigen wird, daß er bei den eigenen Parteien genügend Unterstützung findet. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß die Regierung Ender eine Übergangsregierung sein wird, wie es dem Bundeskanzler Stresemann ergangen ist. Was würde dann nach der Regierungszeit Ender's kommen? Das kann natürlich nicht vorausgesagt werden. Dies hängt davon ab, ob Dr. Seipel und Vaugoin sich für immer von der Idee loszusagen, eines Tages mit der Heimwehr zu regieren. Es ist durchaus möglich, daß die Christlich-Sozialen die Entwicklung der Dinge abwarten wollen, um dann eines schönen Tages zu einem neuen Schlag gegen Dr. Schober auszuholen. Es sieht heutzutage so aus, als würde sich innerhalb der neuen österreichischen Regierung ein ständiger Kampf abspielen, ein Kampf zwischen Schober und seinen Gegnern, die zur

zeit seine Ministerkollegen sind. Welche Formen dieser Kampf annimmt und wie er ausläuft, — das ist die Frage, von der die künftige Entwicklung der Dinge in Oesterreich abhängt.

Ein Trinkspruch.

In Pariser politischen und militärischen Kreisen findet der Wortlaut eines Trinkspruchs größte Beachtung, den der Chef der deutschen Reichswehr, General von Hammerstein, auf das Wohl der französischen Armee ausgebracht hat. Das Blatt des französischen Generalstabs, „Echo de Paris“, gibt die Ausführungen des deutschen Generals im Wortlaut wieder.

Danach hätte am 10. November General von Hammerstein und eine Reihe hoher deutscher Offiziere dem scheidenden französischen Militärattaché in Berlin zu Ehren ein Abschiedsessen veranstaltet. Bei dieser Gelegenheit habe Herr von Hammerstein aus seiner Be-

wunderung gegenüber der französischen Armee und ihrer Führung kein Hehl gemacht und erklärt, der Wille der beiden Gegner, die als Bürger und Soldaten im Kriege ihre Pflicht erfüllt hätten, die gegenseitige Lage zu verstehen, möge den Ausgangspunkt für eine gegenseitige Verständigung und Freundschaftsbahnung bilden.

„Die deutsche Armee steht einer solchen Verständigung nicht ablehnend gegenüber, doch hat diese Freundschaft zur Voraussetzung, daß das Prinzip der Rechtsgleichheit überall Anwendung findet. Niemals wird ein Unterdrücker lokale Freundschaft mit einem Unterdrücker halten können. Ohne Loyalität ist keine Kameradschaft möglich.“

In diesem Sinne trank von Hammerstein auf das Wohl des französischen Heeres. Das „Echo de Paris“ erkennt die Geste des deutschen Reichswehrgenerals an, hört aber gleichzeitig aus seinen Ausführungen den Protest und Warnungsruß des deutschen Heeres gegen die jetzige Unterdrückung und Rechtsungleichheit heraus.

Der Inhalt der deutschen Oberschlesien-Note.

Die deutsche Protestnote wegen der Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien ist nunmehr der Öffentlichkeit übergeben worden.

Das Schriftstück beginnt mit einem Anschreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, in dem Reichsaußenminister Curtius darauf hinweist, daß in Ost-Oberschlesien in letzter Zeit Gewalttaten gegen die deutsche Minderheit geschehen sind die eine flagrante Verletzung der Bestimmungen der Genfer Konvention vom 15. Mai 1922 darstellen. Gemäß Artikel 72 Absatz 2 der Konvention lenkt die Deutsche Regierung die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf diese Vorgänge. Der Generalsekretär wird gebeten, veranlassen zu wollen, daß die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Tagung des Völkerbundes gesetzt wird.

Das Schriftstück selbst enthält auf 18 Schreibmaschinen-seiten die einzelnen Beschwerden mit genauen Unterlagen. Eine Anlage gibt in Übersetzung ein Wahlplakat des Verbandes schlesischer Aufständischer wieder, in dem in der wütesten Weise gegen die Deutschen, die „unser Erbfeind, der raubgierige Kreuzritter“ genannt werden, gehetzt wird. Eine zweite Anlage enthält ein Wahlplakat des Westmarkenvereins, in dem es heißt: „Jeder Schlesier und jede Schlesierin, die ihre Stimmen für die deutsche Liste abgeben, werden zu Verrätern des schlesischen Volkes und sehen sich selbst unangenehmen Folgen aus, denn niemand wird demjenigen gegenüber Rücksicht kennen, der es wagen sollte für die deutsche Liste zu stimmen.“

Die Note selbst besagt:

A. Beeinträchtigung des Wahlrechts der Minderheit:

Es wird im einzelnen nachgewiesen, daß die deutsche Minderheit in Oberschlesien am 16. November bei der Wahl zum Warschauer Sejm und am 23. November bei der Wahl zum Warschauer Senat und zum Schlesischen Sejm in weitem Umfang des freien Wahlrechts beraubt worden ist. Dies ist eine Verletzung des Artikels 67 der Genfer Konvention. Die Einsprüche mit der Begründung, die Betroffenen befänden nicht die polnische Staatsangehörigkeit — allein im Wahlkreis Kattowitz und Königschütze sind etwa 30 000 derartige Einsprüche erhoben worden — erfolgten durchweg auf einem vorgebrachten Formular, woraus sich das planmäßige einheitliche Vorgehen ergibt, und ohne jegliche Unterlagen, obwohl nach den einschlägigen Bestimmungen der Einspruch zu begründen und zu belegen ist.

Der ganze Vorgang wird durch die Tatsache charakterisiert, daß der Verlust des Wahlrechts Massen deutscher Wähler betraf, an deren polnischer Staatsangehörigkeit bisher niemals ein Zweifel bestanden hat und die in den vergangenen acht Jahren bei allen Wahlen unbeanstandet mitgestimmt haben. Zum Teil bekleiden die Betroffenen sogar öffentliche Ämter; viele haben schon im polnischen Heer gedient; unter den gestrichenen Wählern befinden sich sogar Personen, die selbst schon Abgeordnete im polnischen Körnerhaufen gewesen sind.

Bei dem Vorgehen gegen die deutschen Wähler haben zum Teil die amtlichen Wahlkommissionen, aus denen man die Deutschen fernzuhalten oder nachträglich zu entfernen gewünscht hatte, mit der Regierungspartei zusammengearbeitet. Bei der Ausübung der Wahl selbst haben die Deutschen den Schutz vermisst, den die gesetzlichen Bestimmungen für die freie Betätigung dieses wichtigsten staatsbürgerlichen Rechtes vorschreiben. Die bekanntesten Einzelheiten auf Grund des Erlasses des Innenministeriums, nach denen dem Wähler freistehe, „offen oder geheim“ seinen Stimmzettel abzugeben, werden mit genauen Ortsangaben nachgewiesen.

B. Terrorakte gegen die deutsche Minderheit:

In Teil I wird nachgewiesen, daß seit dem Beginn des polnischen Wahlkampfes die deutsche Bevölkerung in Ost-

Oberschlesien unter dem schlimmsten Terror gestanden hat. In vielen Ortschaften haben Mitglieder des „Schlesischen Aufständischen-Verbandes“ ein wahres Gewaltregiment ausgeübt. Mit Waffen aller Art ausgerüstet, durchstreiften sie jeden Abend nach Einbruch der Dunkelheit in Uniform die Straßen, ergingen sich in Bedrohungen der Minderheit und saubeten in Gaststätten und Wohnungen nach Deutschen. Tausende von Drohbrieffen wurden an Minderheitenangehörige verandt. In großer Zahl sind Fälschungen und Mißhandlungen aller Art bis zu den schwersten Gewalttätigkeiten von Handen vorgekommen. Geschildert werden dann die Vorgänge in Koszów, Nikolaj, Kattowitz, Palenke, Kohrau, Siemianowik, Ober-Wilcza, und besonders eingehend in Hohenbirken und Golaßowik.

Unter II heißt es: „Die Deutsche Regierung hat durchaus die Erfahrung in Rechnung gestellt, daß in Zeiten eines politischen Wahlkampfes die Leidenschaften erregt zu sein pflegen. Mit solchen Erscheinungen lassen sich indes die geschilderten Vorkommnisse in keiner Weise vergleichen. Einmal handelt es sich hier um eine bewusste und planmäßige Aktion gegen die deutsche Minderheit.“

Ferner sind die Terrorakte in konsequenter Durchführung eines seit Jahren zielbewußt verfolgten Planes von den polnischen Behörden zum mindesten wohlwollend geduldet worden. Im Mittelpunkt des Kampfes steht der „Schlesische Aufständischen-Verband“. Ehrenvorsitzender des Verbandes ist der Wojewode von Schlesien, viele hohe Beamte des Staates und der Kommunalverwaltung zählen zu seinen führenden Mitgliedern.

Die Polnische Regierung hat in ihren Bemerkungen zu einer Petition als Aufgaben des Aufständischenverbandes „humanitäre Aufgaben“ und „kulturelle und soziale Aktivität“ bezeichnet. Damit steht der beigefügte Wortlaut eines Aufrufes des Verbandes in krassem Widerspruch. Schon für die Zeit vom 19. bis 26. Oktober war eine „antideutsche Woche“ angekündigt worden. Die Führer der Minderheit wandten sich an den Wojewoden und baten um Schutz. Trotzdem kamen schon damals schwere Ausschreitungen vor, ohne daß die Polizei nachdrücklich eingriff. Bei einem zweiten Ersuchen an den Wojewoden wurden sie nicht empfangen, auf ein Telegramm an die Polnische Regierung in Warschau mit der Bitte um Schutz, erhielten sie keine Antwort.

C. Zusammenfassend wird demnach folgendes festgestellt:

Große Teile der deutschen Minderheit sind durch willkürliche Maßnahmen der Behörden von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen worden. Soweit die Minderheit von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen konnte, wurde ihr die geheime Stimmabgabe unmöglich gemacht. Der Terror geht im wesentlichen von dem „Aufständischenverband“ aus, der die Aktion gegen das Deutschtum zielbewußt vorbereitet und durchgeführt hat. Der Verband arbeitet im Einvernehmen mit den Behörden. Die Polizei vernachlässigt durchweg ihre Pflicht, indem sie gegen die Gewalttätigkeiten entweder überhaupt nicht oder doch nur in völlig unzureichendem Maße eingreift.

Die Deutsche Regierung erwartet, daß der Völkerbund diejenigen Maßnahmen ergreift, die notwendig sind, um dem Zustand der Rechtslosigkeit und Bedrückung abzuhelfen, unter dem die deutsche Minderheit in Oberschlesien zu leiden hat.

Die Note ist vom Generalsekretariat des Völkerbundes Dienstagabend sämtlichen Ratsmitgliedern zugestellt worden.

Die polnische Antwort.

Die polnische Regierungspressen veröffentlicht eine gleichlautende, offenbar amtliche Stellungnahme zu der deutschen Note an den Völkerbund. Die deutsche Note

wird darin als eine Propagandaabteilung bezeichnet. Sämtliche Angaben der deutschen Note bezüglich der für ungültig erklärten Stimmen werden als tendenziös und falsch bezeichnet.

Die Umbildung der Regierung vollzogen.

Warschau, 4. Dezember. Wie der „Kurier Poranny“ erfährt, ist die Umbildung der Regierung im Einvernehmen mit Marschall Pilsudski bereits vollzogen worden. Die eingetretenen Personalveränderungen sind folgende:

Ministerpräsident — **Walery Slawek**

Vizepräsident — der bisherige Vizepräsident im Innenministerium **Oberst Bronislaw Pieracki**

Justizminister — der **Prokurator des Warschauer Bezirksgerichts Gzesslaw Michalowski**

Minister für öffentliche Arbeiten — **General Norwid** Reugebauer

Vizepräsident im Innenministerium — **Oberst Kazimierz Stankowski**

Vizepräsident im Außenministerium — der bisherige Vizepräsident **Oberst Jozef Beda**

Die übrigen Ressorts behalten die bisherige Besetzung. Wie der „Kurier Poranny“ weiter erfährt, soll der bisherige Vizepräsident im Außenministerium, **Wojciech**, den Botschafterposten in Angola übernehmen. Der stellvertretende Kabinettschef des Ministerpräsidenten, der ehemalige Vizevojewode **Dzjadosa**, soll Chef des Seimbureaus werden.

Einberufung von Sejm und Senat.

Warschau, 4. Dezember. Der Präsident der Republik hat gestern die Verfügungen unterzeichnet, durch die der Sejm zu seiner ersten Sitzung am 9. Dezember und der Senat für denselben Tag einberufen werden. Die Eröffnung des Sejms erfolgt im Sejmsaale am 9. Dezember, mittags 12 Uhr, der Senat wird an demselben Tage nachmittags 4 Uhr eröffnet werden.

Auch der Schlesische Sejm einberufen.

Auf Grund des Art. 21 des Verfassungsgesetzes vom 15. Juli 1920, das das organische Statut der Schlesiens Wojewodschafft enthält, hat der Präsident der Republik den Schlesiens Sejm für den 9. Dezember nach Kattowitz einberufen.

Polnischer Wahlprotest in Polen.

Posen, 4. Dezember. Der angekündigte Protest gegen die Sejmwahlen im Bezirk Nr. 34 (Polen Stadt) ist, wie die polnische Presse meldet, dem Vorsitzenden der Bezirkswahlkommission bereits zugestellt worden. Begründet wird dieser Protest u. a. damit, daß in vielen Kreisregionen dieses Bezirks eine unzulässige Agitation zugunsten der Liste Nr. 4 getrieben worden sei, daß in mehr als 80 Kreisregionen die Wähler die Umschlüsse nicht an die dem amtierenden Kommission, sondern an der Tür erhalten hätten, daß in vielen Kommissionen den Wählern Umschlüsse eingehändigelt worden seien, in denen sich bereits Stimmgelder der Liste 4 befunden haben, und daß schließlich in einigen Kommissionen parteiisch zu Ungunsten der Liste Nr. 1 verfahren worden sei. Der Protest erhebt darüber hinaus den Vorwurf, daß die Wählerlisten mangelhaft aufgestellt worden seien. Dem Protest wurden 14 Anlagen beigefügt.

Eine Klage gegen den polnischen Staatsfiskus.

Gzestochau, 4. Dezember. (P.N.) Die in London wohnhafte Gräfin Natalija Brassow, Witwe des von den Bolschewisten ermordeten Großfürsten Michael Alexandrowitsch, des Bruders des Zaren Nikolaus II., hat bei der Zivilabteilung des hiesigen Bezirksgerichts den Antrag gestellt, ihr ein Armenatkest zu bewilligen, um in ihrem eigenen und im Namen ihres Sohnes Georg gegen den polnischen Staatsfiskus Klagen vorbringen zu können. Die Gräfin will Klagen auf Rückgabe eines Hauses in Gzestochau, das jetzt vom Militär benutzt wird und den Namen Pilsudski-Haus führt, ferner eintaer Güter, die im Kreise Gzestochau gelegen sind. Das Objekt der Klage beträgt einige Millionen Zloty.

Ein Jahr Gefängnis wegen Beleidigung des Marschalls Pilsudski.

Wilna, 4. Dezember. Das Kreisgericht in Wertanng beschäftigte sich dieser Tage mit einem Prozeß gegen einen gewissen Franciszek Ciemochowski, einen nationaldemokratischen Agitator, der vor einigen Wochen in einer ohne behördliche Genehmigung einberufenen Wählerversammlung verhaftet worden war. Ciemochowski hatte, der „Gazeta Polska“ zufolge, in seiner Rede u. a. erklärt, daß sich Marschall Pilsudski 17 Millionen Zloty angeeignet habe, von denen ein Teil zur Durchführung der Wahlen, der Rest zum Ankauf eines Gutes für den Marschall ausgegeben worden seien.

Nach Vernehmung von eilichen Zeugen wurde das Urteil gefällt, das auf ein Jahr Gefängnis lautete.

Weitere Freilassungen von ehemaligen Abgeordneten.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)
Warschau, 4. Dezember. Gestern ist der ehemalige Abgeordnete **Popiel** gegen Hinterlegung einer Kaution in Höhe von 10 000 Zloty aus dem Gefängnis in Grojec entlassen worden. Im Gefängnis in Grojec befinden sich zur noch **Waginski**, **Dubois**, **Cholkoja** und **Sawicki**. Der Untersuchungsrichter **Demant** hat die Gattinnen der ehemaligen Abgeordneten **Dubois** und **Cholkoja** für Sonnabend zu sich berufen. Man vermutet, daß die Vorladung mit der bevorstehenden Entlassung der beiden Politiker zusammenhängt.
Personen, die den am Montag auf freien Fuß gesetzten **Abg. Barlicki** zu Gesicht bekommen haben, erzählen, daß dieser sehr abgemagert und kränklich aussehe. Er sei stark abgemagert und sehr ergraut. Was den früheren **Abg. Popiel** anbelangt, so erfordert sein Gesundheitszustand eine längere Kur. **Witos** hat sich in ein bei **Krakau** befindliches Sanatorium begeben.

Abg. Lewandowski ebenfalls auf freiem Fuß.

Bromberg, 4. Dezember. (P.N.) Auf Grund eines Beschlusses des Bezirksgerichts in Gnesen wurde gestern gegen Hinterlegung einer Kaution in Höhe von 5000 Zloty der im Gnesener Bezirk gewählte **Abg. S. Lewandowski** aus Bromberg (Nationale Partei) aus der Haft entlassen. **Lewandowski** war am 2. November unter dem Vorwurf verhaftet worden, in den durch seine Partei einberufenen Wählerversammlungen Reden gegen die Regierung gehalten zu haben.

Zatulinski jun. freigelassen.

Wie das „Pom. Tagebl.“ erfährt, ist Herr **Zatulinski jun.** am Montag auf freien Fuß gesetzt worden. Die anderen mit Herrn **Z.** gleichzeitig verhafteten Deutschen, nämlich die Herren **Schiemann**, **Taube**, **Schegki** und **Bamberger** befinden sich leider noch immer in Stargard in Untersuchungshaft. Wann endlich erfolgt ihre Freilassung?

Das Danziger Defizit.

(Von unserem Danziger m-Mitarbeiter.)

Danzig, 2. Dezember.

9 Millionen Fehlbetrag im Haushalt des Staates, 1 Million in dem der Stadt, dazu seit Jahren lautende schwebende Schulden. Zur Abdeckung des Fehlbetrages wird der schwebenden Schulden ein Betrag von 16 Millionen Gulden notwendig.

Endlich hat die Danziger Regierung durch den Mund ihres Finanzsensors mit dieser Mitteilung den Gerüchten, die nun seit Wochen die Bevölkerung beunruhigen, die Einnahmen und die Diskussion über die Finanzlage auf die Grundlage positiver Angaben gestellt. Finanzsenator **D. Kamnitzer** führte gestern vor Pressevertretern aus, daß sich der Fehlbetrag im Staatshaushalt vor allem aus drei Posten zusammenlehe:

1. Eine Mindereinnahme an Zöllen.

War die Einnahme aus Zöllen 1928: 19,6 Millionen, 1929: 19¼ Millionen, so glaubte die Regierung für 1930 mit einem Betrag von 19,5 Millionen rechnen zu können. Es kann indessen schon heute gesagt werden, daß dieser Betrag nicht eingehen wird. Die Finanzverwaltung schätzt den Einnahmen auf etwa 14 Millionen Gulden, so daß also ein glatter Ausfall von 5,5 Millionen Gulden zu verzeichnen wäre. Der z. Z. seine Erklärung darin findet, daß die Einfuhr von Polen weiter gedrosselt wurde. Zum anderen Teile aber aus der noch ungeklärten Frage der Exportprämien. Hierzu ist festzustellen, daß die Regierung erst Ende vorigen Jahres mit Bestimmtheit feststellte, daß Polen seine Exportprämien aus dem gemeinsamen polnisch-danziger Zollkommen bezahlte. Schon am 6. 12. 29 wurde in einer Note an Polen die Frage angedrückt und verlangt, daß Polen seine Exportprämien anderweitig verrechne. Es haben auch Verhandlungen mit Polen stattgefunden, die in den letzten Tagen vorläufig zu Ende gegangen sind, weil Polen wünscht, die Frage mit dem Zollverteilungsschlüssel zusammen zu behandeln. Die Danziger Regierung wünscht diese Frage der Vergangenheit erst zu klären, bevor sie an die Frage der Zukunft herangeht. Nachdem die Verhandlungen mit Polen nicht zum Ziele führten, wird nun wohl ein Antrag auf Entscheidung an den hohen Kommissar gestellt werden müssen. Die Danziger Finanzverwaltung schätzt die Rückstände, die Danzig für die Exportprämien zu bekommen hat auf 4 Millionen Gulden bis Ende des Jahres. Bis diese Frage nicht geklärt ist, kann nicht gesagt werden, wie groß der Fehlbetrag des Jahres wirklich ist. Da die Finanzverwaltung aber nur die Beträge in den Etat einsehen möchte, die Danzig bestimmt bekommt, müssen diese 4 Millionen vorläufig außer Betracht bleiben, so daß man zu dem Fehlbetrag von 5,5 Millionen beim Zoll kommt.

2. Eine Mehrausgabe für Erwerbslosenfürsorge.

Die Erwerbslosigkeit ist eine Welterscheinung. Die Finanzverwaltung glaubt den zu erwartenden Mehraufwand mit 2 Millionen nicht zu hoch zu schätzen. (Die Zahl der Erwerbslosen im Freistaat betrug am 28. November 1930 bereits 20 258 gegen 17 307 Ende Oktober d. J. — also ein Zuwachs von rund 3 000 Erwerbslosen in einem Monat — und gegen 13 146 im November des Vorjahres — also über 7 000 mehr als im gleichen Zeitpunkt 1929.)

3. Ein gewisser Rückgang der Steuererträge.

Der bei direkten und indirekten Steuern zusammen auf rund 1 ½ Millionen — optimistisch! — geschätzt wird. Den Hauptanteil daran hat die **Spritsteuer**, die nicht in dem Umfang eingeht, wie erwartet wurde. Ein Rückgang im Spritkonsum macht sich aber nicht nur in Danzig, sondern in der ganzen Welt bemerkbar. Arbeitslosigkeit, die wachsende Tendenz gegen den Alkoholgenuss und der Sport sind einige der Ursachen dafür. In Danzig kommt hinzu, daß die Pläne für die Erhöhung der Spritsteuer solange gespußt haben, daß eine Vorverlegung in erheblichem Umfang vorgenommen wurde. Die Wirkung dieser Vorverlegung beginnt aber bereits abzulasten. Große Zahlen lassen sich noch nicht angeben. Schätzungsweise werden die Einnahmen aber nur um 33¼ Prozent hinter dem Vorschlag zurückbleiben. Die Umsatzsteuer geht nicht wesentlich zurück und die Einkommensteuer hält sich auch noch. Wie sich allerdings das 4. Vierteljahr auswirken wird, läßt sich noch nicht übersehen. Die Finanzverwaltung rechnet, Ersparungen eingerechnet, mit einem Minus bei den Steuern von insgesamt 1½ Millionen. Das macht zusammen für die drei Posten 9 Millionen, aber natürlich sind das nur Schätzungen, weil sich, wie gesagt, das 4. Vierteljahr nicht im Voraus übersehen läßt.

Die Stadtgemeinde Danzig steht günstiger da als der Staat. Sie wird natürlich durch die größere Erwerbslosigkeit mitbetroffen, da sie ja ¼ der Erwerbslosenfürsorge zu tragen hat. Dann ist der Wohlstandsetat stark belastet, so daß wir in der Stadt insgesamt 1 Million Defizit haben werden. Die Beförderungsteuer wirkt sich im Gegensatz zu anderslautenden Gerüchten günstig aus und wird einen Ertrag über den Vorschlag hinaus erbringen. (Womit sie aber für die Bevölkerung durchaus nicht sympathischer wird!) Sie wird schätzungsweise 1,6 Millionen Gulden eintragen.

Nicht richtig ist, daß schwebende Schulden über den Betrag des Defizits hinaus gemacht wurden. Die vorhandenen schwebenden Schulden werden aus früheren Jahren weitergeschleppt. Die Stadt Danzig hat niemals 1 Pfennig Betriebsmittelfonds gehabt. Darum hat sie eine schwebende Schuld von ¼ Millionen. Ferner hat die Stadt früher Grundstücke gekauft in einem Maße, die ihre finanziellen Kräfte überstiegen. Daher ein weiterer Posten schwebender Schulden. Schließlich ist auch die Pestalozzischule aus schwebenden Schulden erbaut worden.

Zur Abdeckung des Defizits und der schwebenden Schulden sind von der Finanzverwaltung Vorschläge gemacht worden, über die der Senat Beschlüsse zu fassen haben wird. Die Maßnahmen werden sehr einschneidender Natur sein müssen. Die Finanzen von Staat und Stadt müssen aber endlich auf festen Boden gestellt werden und deswegen schlägt die Finanzverwaltung vor, ähnlich wie im Reich, das Defizit und die drückenden Reste aus früheren Jahren durch einen Überbrückungskredit von 16 Millionen abzudecken. Es ist der Finanzverwaltung bereits gelungen, einen Geldgeber zu finden. Sache des Volkstages wird es nun sein, die Sicherungsbedingungen des Geldgebers zu erfüllen. Gewisse heroische Entschlüsse gehören dazu, aber man wird nicht darum herumkommen, denn die Frage der endlichen Sanierung der Finanzen ist eine Frage der ganzen staatlichen Existenz.

Verhaftungen von Breslauer Nationalsozialisten.

Breslau, 3. Dezember. Der Polizeipräsident von Breslau gibt amtlich bekannt:

In der vergangenen Nacht wurden in Pöschkowitz im Landkreise Breslau etwa 150 Mitglieder der Breslauer nationalsozialistischen Sturmabteilung, darunter auch Sanitäter, uniformiert, feldmarschmätkia ausgerüstet und bewaffnet, festgehalten. Sie waren im Schloß des Gutshofes des Rittergutspräsidenten **v. Delffen** untergebracht, wo die Unterkunft in Eilen vorbereitet war. Ein noch in der Nacht hinzugezogener Scharfkommando stellte eine Menae Waffen, darunter scharfladene Karabiner, Pistolen, Handgranaten, Munition und Hebewaffen aller Art fest. Die vorläufig festgenommenen Nationalsozialisten wurden in den frühen Morgenstunden durch Paktraktanten der Schutzpolizei dem Polizeipräsidenten angeführt, wo die weiteren Vernehmungen stattfinden. Die Festgenommenen werden noch heute dem Gericht angeführt.

Hierzu teilt Rittergutspräsident **v. Delffen** mit, daß vor einigen Tagen ein junger Mann zu ihm gekommen sei und erklärte, es bestände die Gefahr, daß in der Nacht zum Mittwoch ein Putzsch von links geplant sei und die rote Diktatur ausgerufen werden solle. Die Nationalsozialisten befürchteten, daß dabei in erster Linie mit gegen die nationalsozialistische Jugend vorgegangen würde. Die Wohnungen dieser jungen Leute seien den Geanern der Partei bekannt. Der junge Mann bat, aus diesem Grunde der nationalsozialistischen Jugend für die fragliche Zeit Aufnahme zu gewähren. Herr **v. Delffen** hätte hiergegen keine Bedenken gehabt, zumal sein Schloß leer stand und er schon öfter die nächtliche Schutzverbände zur Verfügung gestellt hatte. Er hätte aber die Bedingung gestellt, daß keinesfalls Waffen mitgebracht werden dürften. Dienstag Abend seien nun etwa 300 bis 400 Nationalsozialisten gekommen. Der Gastgeber habe sie nicht einzusehen sehen, da er schon um 11 Uhr schlafen gegangen wäre. In der Nacht wären plötzlich zwei Hundertschaften Polizei aus Breslau erschienen und hätten eine Durchsuchung des Schlosses vorgenommen.

Wie die P.N. meldet, wäre auch der oben genannte **v. Delffen**, der aus der Zeit des Rapp-Putzsch wegen seiner antirepublikanischen Haltung bekannt sei, verhaftet worden.

Attentat auf den spanischen Ministerpräsidenten.

Madrid, 4. Dezember. (P.N.) Während der Ministerpräsident **General Berenguer** den in Präsidium des Ministerrats versammelten Pressevertretern Informationen über die Sitzung des Kabinettsrats erteilte wurde auf ihn ein Attentat verübt. Der Attentäter ist der politische Redakteur der Zeitung „El Sol“ **Joachim Lizo**. Im Augenblick als **Lizo** „hoch“ pacht ihn **General Berenguer** am Arm, so daß der Schuß fehlging. Die Kugel blieb in der Decke stecken. Der Bruder des General und die versammelten Journalisten warfen sich auf den Angreifer und entwarfen ihn. **Lizo** erklärte, daß er durch diese Demonstration gegen das bestehende soziale System protestieren wollte. Es wird angenommen, daß **Lizo** unter dem Einfluß einer plötzlichen Geistesverwirrung gehandelt hat.

Wasserstandsnachrichten.

Wa et and der Weichre vom 4. Dezember 1930.
Kraukau — 1,86, Rawichow — 1,94, Warschau — 2,45, Bioc — 2,53, Thorn — 3,45, Jordan — 3,54, Culm — 3,50, Graudenz — 3,85, Rurbebrat — 4,21, Viotel — 4,26, Dirschau — 4,24, Einlage — 3,18, Schiemenhorst — 2,86.

Bommerellen.

4. Dezember.

Graudenz (Grudziadz).

Gefasste Raubgesellen.

In den Kreisen Graudenz, Culm und Schwes...

Bei ihren Vortzugen haben die Rauber sich des...

Zuschlage zu den Straßenbahnfahrkarten.

der Linie Getreidemarkt (Plac 23 Stycznia)...

Wieder mal blinder Generalalarm.

Nachfahrer ohne Licht kann man nach langst...

Der letzte Polizeibericht meldete die Festnahme...

Thorn (Torun).

Die Hochwasserwelle der Weichsel fliekt...

Standesamtliche Nachrichten.

Baubewegung.

Elektrisch beleuchtete Hausnummernschilder...

Dies bedeutet für viele Hauswirte eine erhebliche...

Einem nachtllichen Besuch statteten Einbrecher...

Die Diebstahlschronik verzeichnet am Dienstag...

Der letzte Polizeibericht verzeichnet einen Betrugsfall...

Raubmord.

Schweg (Swiecie), 4. Dezember. Vor einigen Tagen...

Schweg (Swiecie), 3. Dezember. Auf dem hiesigen...

Graudenz.

Thorn.

Wir danken von Herzen... Jähne-Piano... W. Jähne Piano-Fabrik...

Freiwillige Versteigerung... Handschuhe, Strümpfe, Gamaschen... J. Olszowski, Auktionator...

Anzeigen-Aufträge für die am Donnerstag, d. 11. Dezember d. J. zur Ausgabe kommende Thorner Weihnachts-Propagandanummer...

Strümpfe werden mit der Maschine gefrickt... Kirchl. Nachrichten... St. Georgen-Kirche...

Kaltet an 9. d. M. die staatliche Oberförsterei Swiekatow
hiesigen Kreises im Lokale von Kutha in Johannisberg.
Zum Verkauf gelangt Brenn- und Kuchholz. Der Termin
findet um 10 Uhr statt.

ch Konitz (Chojnice), 3. Dezember. Wegen Ver-
truges angeklagt war der Arbeiter Jan Makowski
aus Groß Klinca. Er hatte unter Angabe eines falschen
Namens ein Fahrrad auf Kredit genommen. Er wurde zu
6 Monaten Gefängnis verurteilt. — Wilddiebe treiben
seit einiger Zeit auf dem bei Hennigsdorf hiesigen Kreises
gelegenen Jagdterrain des Dr. Jan Lukowicz ihr Un-
wesen. Für die Ergreifung der Wilddiebe hat Dr.
Lukowicz eine Belohnung von 100 Zloty ausgesetzt. —
Ein Einbruchsdiebstahl wurde bei dem Besitzer
Stanislawski in Czest verübt. Dem Diebe fielen
zwei Taschenuhren und andere Gegenstände im Gesamtwert
von 1500 Zloty zur Beute. Unter dem Verdacht der Täters-
chaft hat die Polizei mehrere Personen festge-
nommen. — Betrügereien hat sich der Postprakti-
kant Giesław Wachowiak zuschulden kommen lassen, in-
dem er in die Amtsbücher zu seinem eigenen Nutzen
falsche Eintragungen machte. Das Gericht verur-
teilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis.

d Gdingen (Gdynia), 3. Dezember. Ein schwerer
Unglücksfall ereignete sich heute früh im Hafen, dem
der Arbeiter Josef Klebba aus Litau zum Opfer fiel.
Durch Unachtsamkeit geriet er zwischen rangierender
Waggons, wobei er lebensgefährliche Quetschungen davon-
trug. In seinem Aufkommen wird gezweifelt. — Die
Einwohnerzahl von Gdingen betrug am 1. d. M.
44 517 Personen. Im Monat November verließen die
Stadt 987 Personen, während sich nur 905 anmeldeten. —
Der Einbrecher Guskann, der hier eine größere Anzahl
Einbrüche verübt hatte, wurde von der Polizei verhaftet
und so seinem Treiben ein Ende gemacht. — Durch Ver-
ordnung des Staatspräsidenten hat die Stadt eine neue
Verfassung erhalten. An der Spitze von Gdingen wird
ein Regierungskommissar stehen, der gleichzeitig
die Funktionen des Stadtpräsidenten und Burgstarosten
ausüben wird. Über die Person des Kommissars ist nicht
bekannt, wobei die Kandidatur des jetzigen Präsidenten
Bielek nicht in Frage kommt. — Einen großen Verlust
erlitt der Angestellte einer hiesigen Firma Lewinski,
dem auf dem Wege zur Post aus der Altentische 1600 Zl.
auf unauferklärte Weise verschwanden. Den Verlust deckt
die Versicherung.

v Karthaus (Kartuz), 3. Dezember. Der Entei-
gungskommissar bei der Pommerellen Woiwo-
dschaft in Thorn gibt bekannt, daß gemäß Paragraph 25 des
Enteignungsgesetzes vom 25. Juni 1874 eine Kommission am
9. Dezember 1920, vormittags 9 Uhr, und eventuell am fol-
genden Tage in Barniewice, Kreis Karthaus, zusammentritt,
die die Entschädigung für den zum Bahnbau der
Linie Bromberg-Gdingen in dem Abschnitt Barniewice
enteigneten Boden festsetzen wird. An dieser Sitzung
können alle interessierten Personen oder deren Bevollmäch-
tigte Stellvertreter teilnehmen. Im Falle des Nichtersei-
nens der interessierten Kreise wird die Entschädigung für
den enteigneten Boden ohne ihr Beisein festgesetzt.

z Soltau (Dzialdowo), 3. Dezember. Dem
Landwirt Wladislaw Jablowski in Soltau Hoban
brannten neulich die Scheune mit Getreidevorräten und
landwirtschaftlichen Maschinen, sowie zwei Ställe und ein
Schuppen nieder. Der Schaden beträgt etwa 70 000 Zloty
und ist bis auf 8000 Zloty durch Versicherung gedeckt. Der
Brand entstand durch einen Arbeiter, der in der Scheune
Zigaretten rauchte.

*** Stargard (Stargard), 3. Dezember.** Am vergangenen
Sonabend veranstaltete der Gesangsverein f. g. gem.
Chor in den Räumen des Deutschen Clubs seinen
diesjährigen Fiederaabend. Der große Saal des Klub-
hauses war bis auf den letzten Platz gefüllt, ein Beweis
dafür, daß sich die Veranstaltungen des Gesangsvereins immer
größerer Beliebtheit erfreuen. Das vorzüglich zusammen-
gestellte Programm begann mit einem Sängervortrag von H.
Günter. Die Erhaltung der Ausübung und die feine
Rückenernung der Klangstärke zeigten von der innerlichsten
Arbeit des Dirigenten Leopold Schenke. Ganz beson-
ders muß der enge Kontakt zwischen Dirigent und Chor
lobend hervorgehoben werden. Von den vorgelegten
Chören seien erwähnt: „Unter dem Lindenzweig“ von W.
Sturm und „Das Abendlächeln“, ein schlichttöniges Lied von
H. Sucko, das auf allgemeinen Wunsch wiederholt werden
mußte. Den Abschluß des Programms bildete die Auffüh-
rung einer humoristischen Szene für vierstimmigen Män-
nerchor mit Klavierbegleitung „Ein Gesangsverein
vor Gericht“ von Ernst Simon. In den einzelnen Rol-
len wirkten mit: Herr Schenke als Richter, Herr Grenz
als Fräulein Kiefemeier und Herr Kunkel als Gerichtsdiener
Herrsch. Langanhaltender Beifall dankte den Darstellern für
das Gebotene.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

*** Lódz, 3. Dezember.** Tödlicher Unfall. In
der Wohnung des Jägers in Legiewniki hatte sich in den
Nachmittagsstunden Jugend eingefunden, unter denen sich
auch der 17jährige Eugeniusz Kusy und Jerzy Szne-
der befanden. Szneider hatte eine Doppelflinte mit-
gebracht, mit der Kusy hantierte. Plötzlich ging ein Schuß
los, und die 15jährige Wladyslawka Sokolska brach
zusammen. Das Mädchen starb noch vor dem Eintreffen des
Arztes. Kusy und Szneider wurden verhaftet.

*** Lúcl, 3. Dezember.** Wildweit in Wolhynien.
Auf der Landstraße zwischen den Stationen Sarny und
Rafalowel überfielen zwei mit Revolvern bewaffnete Ban-
diten einen Postwagen, der von Adam Marnulewicz und
Wladyslaw Kopolicz begleitet war. Die Banditen gaben
auf die Beamten mehrere Schüsse ab, knickelten und banden
sie und warfen sie dann in einen Graben, wo sie erst am
Morgen von einem Polizisten bemerkt wurden. Es wur-
den Perkbriefe und 3400 Zloty Bargeld geraubt. Die so-
fort angenommene Verfolgung verlief bisher erfolglos.

*** Stanislaw (Stanislawów), 3. Dezember.** Stein-
lohlenlager sollen sich in der Nähe von Stanislaw bei
Tymienica befinden. Nach dem bisherigen Forschungs-
ergebnis erstreckt sich dieses Feld längs der Eisenbahn-
linie Chyrplin-Tymienica. Deutsche Ingenieure sollen
im verflochtenen Sommer diese Entdeckung gemacht haben.
Außerdem ist man in einer Ortschaft der Stanislawer
Woiwoodschaft auf den Feldern der Bauern auf Glümler-
lager gestoßen.

Biludski und Litauen.

Vor etwa zwei Wochen erhielt das „Meme-
ler Dampfboot“ einen Bericht seines Ver-
richterstatters in Kowno (deutsch: Kaunas), der
von Tag zu Tag an aktuellem Interesse gewinnt
und deshalb mit geringen Auslassungen nach-
folgend von uns wiedergegeben wird:

Als im Herbst dieses Jahres in Kaunas die Feiern
stattfanden, mit denen man das Vytautas-Jubiläum
beschloß, begingen auch die Polen in Wilna und in
Warschau feierlich das 500-Jahr-Jubiläum des litauischen
Großfürsten. Auch in Wilna hat man ein Vytautas-Komitee
gebildet, dem namhafte polnische Politiker und Vertreter
der polnischen Öffentlichkeit angehören und das unter dem
Protectorat Biludskis stand. Zu gleicher Zeit wurde aber
in Wilna neben dem Andenken an Vytautas die 10. Wieder-
kehr des Jahrestages der Eroberung Wilnas durch
den General Zeligowski gefeiert. Es fand eine feier-
liche Zusammenkunft der „Wilna-Kämpfer“ statt, auf der der
„Hauptheld“ Zeligowski mit einer großen politischen
Rede hervortrat. Als Vertreter der polnischen Regierung
sprach der bekannte Anhänger Biludskis, Minister
Prystor. Auch die polnische Presse widmet den beiden
Jubiläen große Aufmerksamkeit, insbesondere bringt die
Regierungspressen in Warschau und Wilna spaltenlange
Artikel über den „Geist“ von Vytautas und seines Bruders
Jogaila, sowie Berichte über den Verlauf der Wilnafeier.
Bei der einen Jubiläumfeier jubelt man dem Geist des
Vytautas und des Jogaila, bei der anderen dem Geist Bi-
ludskis zu.

Es ist wirklich kein bloßer Zufall, daß man diese beiden
Feiern zur gleichen Zeit abhält; sie sind auch mehr als
nur ein politisches Manöver. Viel eher vermitteln diese Feiern
den Eindruck, daß die Polen gerade jetzt bestrebt sind, die
„geschichtlichen Traditionen“ zu erneuern und die
„Schicksalsgemeinschaft“ Polens und Litauens in Erich-
nung treten zu lassen.

Es ist noch in aller Erinnerung, daß die Eroberung
Wilnas durch den General Zeligowski vor aller Welt
als ein „Aufstand der Bevölkerung des Wilnagebietes unter
Führung ihres Generals“ dargestellt wurde. Dieses Gebiet
das die Polen damals als „Witellitauen“ bezeichneten
wurde erst auf Grund eines Beschlusses des „Wilnaer
Sejms“ Polen angegliedert. Die Rolle, die Biludski
bei der Eroberung Wilnas gespielt hatte, wurde Jahre hin-
durch verschleiert. Polen hielt es damals nicht für
zweckmäßig, die Erklärung abzugeben, daß Wilna auf Grund
eines Befehles von Biludski erobert worden ist. Nachdem
aber Polen nun die Wilnafrage auch in völkerrechtlicher
Beziehung als endgültig erledigt ansieht, kann es die Er-
eignisse so schildern, wie sie sich tatsächlich zugehalten
haben. Insbesondere General Zeligowski hat jetzt die
Wahrheit gesagt, und gerade diese Tatsache ist im Zu-
sammenhang mit der Vytautas-Feier in Wilna für die
augenblickliche Taktik Polens Litauen gegenüber charakte-
ristisch. Nach der Schilderung, die jetzt Zeligowski gab, wa-
re Biludski der getreue Vater der Eroberung
des Wilnagebietes. Den Mut auf Wilna hat Ze-
ligowski erst auf Grund einer Unterredung mit Biludski in
Dzialystok aufgenommen. Weiter erzählte Zeligowski,
wie er die Vorstellungen der Führer der Militärmissionen der
Entente in Wilna schroff zurückwies, so daß diese Wilna
verlassen mußten.

Weßhalb sind die Polen nun mit einem Mal so offen-
herzig geworden und enthüllen das „Wilnageheimnis“?
Die Artikel und die Berichte über die Feiern in Wilna be-
antworten diese Frage. Biludski hat vor kurzem erklärt,
daß Wilna nur ihm allein gehöre; nur er allein
könne über Wilna verfügen. Seine Person wurde auch
bei der Wilnafeier immer wieder in den Vordergrund ge-
schoben; die Redner und die polnische Presse betonten immer-
wieder, daß nur Biludski Wilna erobert hat. Selbst Ze-
ligowski erklärte, daß er nur ein Werkzeug Biludskis war.
Die Ausführungen der polnischen Presse über das Vyta-
tas-Jubiläum gipfeln in dem Satz, daß der Geist Jo-
gailas und der von Tannenbergs, wo der deutsch-
ritterorden gemeinsam von Vytautas und den Polen ge-
schlagen wurde, erneuert werden müßte. Wer aber soll
diesen Geist jetzt von neuem wecken? Hieran geben die
Polen nur eine Antwort: Biludski! Durch die pol-
nisch-litauische Personallunion des litauischen Großfürsten
Jogaila wurde Litauen schließlich Polen einverleibt. Bi-
ludski, der Diktator Polens, ist auch litauischer Mo-
stamung, und er will den Geist Jogailas erneuern.
Deshalb auch hat Biludski die Ansicht verkündet, daß Wilna
nur ihm allein gehöre und daß er nur allein über
Wilna verfügen könne. Biludski jagte nicht, daß Wilna
polnisch ist und dem polnischen Staat gehören müsse. Wilna
hat nach seiner Ansicht eine „große Mission zu erfüllen“, so
wie er selbst, der polnische Diktator litauischer Abstammung.
In den polnischen Schilderungen über die Eroberung Wil-
nas wird Litauen sehr schonend behandelt. Wie
wollen vergessen, daß die litauischen Truppen damals ge-
meinam mit den Bolschewiken gegen uns gekämpft haben?
„Wir haben keinen Haß gegen Litauen, wir lieben das
litauische Volk“, beteuerte vor einigen Tagen Zeligowski,
der ebenfalls litauischer Abstammung ist und deshalb auch
eine „bedeutendere Mission“ zu erfüllen hat als ein
„einfacher Pole“. „Das litauische Volk ist uns sehr sym-
pathisch“, führte Zeligowski weiter aus, „die Idee
von Mittellitauen darf keinesfalls begraben werden. Es
ist sehr leicht möglich, daß wir auch die litauische
Sprache lernen werden; ich glaube aber, daß das litauische
Volk zunächst die polnische Sprache erlernen wird“. Und
der polnische Minister Prystor erklärte unzweifelhaft, daß
Biludski bei der Eroberung von Wilna das Ziel hatte, die
„alten Traditionen aus der Zeit Jogailas“ zu er-
neuern. Die Idee des Großfürstentums Litauen
die er damals aus innerpolitischen Gründen nicht verwirk-
lichen konnte, habe Biludski noch nicht aufgegeben. Ein
Organ Biludskis äußerte sich vor einiger Zeit dahin, daß
Biludski der litauischen Frage infolge des Wahlscheiters
nicht die gebührende Aufmerksamkeit schenken könne, daß er
aber nach den Sejmwahlen an ihre Lösung herangehen
werde.

Es ist bekannt, daß Biludski, die litauische Frage als
keine Frage betrachtet, in der das Außenministerium ohn-
 seine Zustimmung nicht den geringsten Schritt unternehmen
darf. Die Sejm-mehrheit, die Biludski erhalten hat,
soll eine Garantie dafür sein, daß „die egoistischen Partei-
interessen und der niedrige politische Horizont“ der polni-

ischen Parteien, die seinen Plan im Jahre 1920 vereitelt
hätten, ihn jetzt nicht mehr hindern werden, seine „weit-
gehenden Pläne“ zur Durchführung zu bringen. Vytautas
und das Wilna-Jubiläum sind gewissermaßen als ein Auf-
takt zu den „weitgehenden Maßnahmen“ zu betrachten, die
Biludski Litauen gegenüber plant. Diese gipfeln, wie er
wähnt, in der Erneuerung des Geistes Jogaila, d. h. in dem
mehr oder weniger verdeckten Aufgehen des litauischen
Staates in Polen.

Wie sieht nun die Rückseite der Medaille aus, wie
verhält sich die litauische Öffentlichkeit zu diesen polni-
schen Plänen? Bekanntlich wurde bei den Vytautas-
Feiern in Litauen gerade der kriegerische Geist Vytautas,
der sich doch vornehmlich im Kampfe gegen Polen be-
wies, besonders hervorgehoben. Jogaila wurde bei diesen
Feiern nicht selten als Verräter bezeichnet. Ist diese
Haltung auch die aller litauischen Parteien? Die
letzten Artikel in den „Lietuvos Zinios“ und im „Litua“
lassen zum mindesten Zweifel offen. Bekanntlich haben die
„Lietuvos Zinios“ in einer Reihe von Artikeln die
Notwendigkeit der Revision der polnisch-
litauischen Beziehungen betont; sie befürworteten
die Aufnahme der normalen Beziehungen zwischen den bei-
den Ländern. Als „Gründe“ für diesen Stellungswandel
wurden die „angebliche deutsche Gefahr“ und die
Konflikte bezüglich des Memelgebietes angeführt. Der be-
kante christlich-demokratische Politiker Gabrys, der seit
Jahren in Genf lebt und seinerzeit Mitglied des litauischen
Sejms in Wilna war, hat vor kurzem diesen Gedanken noch
klarer und unzweifelhafter ausgesprochen.

In einem vom „Litua“ veröffentlichten Artikel be-
tonte er, daß es für Litauen nicht zweckmäßig wäre, sich der
Gruppe von Staaten anzuschließen, die für die Revision
der Friedensverträge eintrete. Denn Deutschland
wolle das Memelgebiet zurückerhalten, und gerade an
diesem Punkt wolle es die Revision der Friedensverträge
in Angriff nehmen. Gabrys schlug dann vor, Litauen
müsse Delegierte zur Eröffnung von Verhandlungen mit
Polen über die Aufnahme von freundschaftlichen und
gut nachbarlichen Beziehungen entsenden. Diese
Verhandlungen dürften natürlich nicht von den gleichen
Leuten geführt werden, die Litauen im September im
Völkerbunde vertreten haben. In der gleichen Nummer des
„Litua“ befindet sich auf einer anderen Seite ein langer
Bericht der „Ela“ über den Verlauf der Wilnafeier und
über die Reden von Zeligowski und Prystor. Es ist kaum
zu glauben, aber es ist tatsächlich so: In einer und derselben
Nummer des Parteiorgans der Christlich-Demokraten be-
findet sich ein langer Bericht über die Pläne Polens Litauen
gegenüber, und zugleich wird in einem Artikel das polnisch-
litauische Bündnis, welches das Aufgehen Litauens in den
Polnischen Staat zur Folge haben würde, geradezu ge-
fordert.

Zaunius tritt zurück?

Kowno, 1. Dezember. (Eigene Meldung.) In den
nächsten Tagen soll der litauische Außenminister Zaunius
zurücktreten, um die Verhandlungen mit Polen, denen sich
Zaunius ständig widersetzt, möglich zu machen. Außerdem
fordert der Vatikan den Rücktritt von Zaunius, der ange-
blich das Konfödat sabotiert. Zaunius soll auf seinem bis-
herigen Posten durch den litauischen Gesandten in den Ver-
einigten Staaten Baltis ersetzt werden.

Litauisch-polnische Verhandlungen in Berlin?

Nach einer Meldung des „Berl. Tageblatt“ aus Kowno
hat der litauische Gesandte in Berlin, Sidzikauskas,
im Auftrage seiner Regierung der polnischen Re-
gierung den Vorschlag gemacht, am 15. Dezember
in Berlin in direkte Verhandlungen einzutreten über
das Problem der Verhütung gegenseitiger Zwischenfälle
auf der Demarkationslinie. Der Völkerbund hatte Litauen
und Polen anheimgestellt, diese Verhandlungen auf-
zunehmen und Zeit und Ort hierfür gegenseitig festzusetzen.
Der Vorschlag wurde von dem litauischen Gesandten über
die polnische Gesandtschaft in Berlin nach Warschau ge-
leitet.

Kownos Bedeutung für Moskau.

Zum russischen Gesandten in Litauen ist der bis-
herige Direktor für Westfragen im russischen
Außenkommisariat, Karcki, ernannt worden. Karcki
wird Ende dieses Monats in Kowno erwartet. Die Er-
nennung eines hohen Beamten des russischen Außenkom-
missariats zum Sowjetvertreter in Kowno beweist die
zunehmende politische Bedeutung, die dieser zunächst klein
erscheinende Platz für den Kreml gewinnt.

Polnische Bekenntnisse.

Zu dem Beschlusse der Deutschen Regierung, beim
Völkerbunde eine Beschwerde wegen des Aufständischen-
Terroris in Oberschlesien zu erheben, schreibt die Kattowitzer
„Polonia“, das Organ Korsantys: Deutsche Klagen
kamen nicht zum ersten Male vor das Forum des
Völkerbundes, sie hätten aber niemals eine derartige
allgemeine und schwerwiegende Bedeutung gehabt wie gegen-
wärtig. Erstens werde die Klage in einem für Polen
äußerst ungünstigen Moment erhoben, wo das pol-
nische Prestige in den Augen Europas stark gelitten habe
und selbst bei den Freunden Polens ernste Zweifel hinrich-
lich der politischen Reife des polnischen Volkes auf-
kommen. Zweitens wird die deutsche Klage „teilweise be-
rechtigt sein denn sie wird sich auf Tatsachen stützen, die
sich nicht werden leugnen lassen“. Der Wahlterror
habe in Schlesien besonders scharfe Formen angenommen
und zweifellos auch die deutsche Bevölkerung getroffen.
Diese traurige Wirklichkeit werde durch keine amtlichen
Zerzählungen verwischt werden können. Als das dritte und vom
polnischen Standpunkt wichtigste Moment bezeichnet die
„Polonia“ den Umstand, daß Deutschland in der Lage sei
wird, die Beschwerden über die Bedrückung der deutschen
Minderheit in Oberschlesien mit seinen Ansprüchen auf
Grenzrevision in Verbindung zu bringen. Die Vorgänge
bei den letzten Wahlkampagnen, nämlich zum Warschauer
und zum schlesischen Sejm und zum Senat hätten auf die
öffentliche Meinung ganz Europas verstimmend gewirkt.

Das benutze die „deutsche Propaganda“, um Polen als einen Herd der Unruhe hinzustellen und für die Wegnahme Oberschlesiens und des Niederrheinischen Stimmungs zu machen.

Der „Oberschles. Kurier“ macht uns ferner mit den Äußerungen des christlich-demokratischen „Głos Narodu“ in Krakau zum Fall Golaszowski bekannt. Während die Blätter der Moralischen Sanierung Tatsachen, von denen heute die ganze Welt spricht, einfach ablegnen und mit latinischer Gehässigkeit umfälschen, erscheint es besonders bedauerlich, daß der „Głos Narodu“ den Kern aller Übel trifft, indem er erklärt, daß die veripiteten Maßnahmen der Wojewodschaftsbehörde gegen einige Beamte nicht ausreichen, um die deutschen Klagen vor internationalem Forum aus der Welt zu schaffen, daß man die Tätigkeit der sanierten Aufständischen schon vorher hätte unterdrücken müssen. Es ist des weiteren ganz richtig gesehen, wenn der „Głos Narodu“ im Staatsinteresse fordert, daß gerade die Wahlen in Schlesien und Pommern in voller Ruhe stattfinden müßten, damit nicht Material zur Diskreditierung Polens geliefert werde. Der „Głos Narodu“ ist das erste polnische Blatt, das die Selbsttaten der Aufständischen in Hohenbirken ungeschminkt schildert und ganz grundsätzlich feststellt, daß es ein Gebot des elementarsten Ehrgefühls ist, Gewalttaten und Überfälle zu verurteilen, ganz gleich, gegen wen sie sich richten. Die gleiche Ehre sei gegenüber Freunden und Feinden verpflichtend. Man müsse also Rällschungen und Terrorakte nicht nur verurteilen, wenn sie an Polen begangen würden, sondern auch, wenn es sich um Ukrainer, Weißrussen und Deutsche handele, letztere sogar energischer, weil sie Polen in den Augen der Welt kompromittierten und die Minderheiten dem Staate entfremdeten.

Auch der traurige Golaszowski Vorfall wird nicht nach dem Muster der Sanierungspresse entstellt, sondern auf seine wahren Gründe, auf den Einfall der Aufständischen in das friedliche Dorf, zurückgeführt. Man kann nur zustimmen, wenn es am Schluß des Artikels des „Głos Narodu“ heißt: „Nicht nur das Rechtsbewußtsein, sondern auch echt verstandener Patriotismus gebieten es, daß man diese Gewalttaten entschieden verurteilt und ganz energisch fordert, daß ihnen endlich ein Ziel gesetzt wird.“

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser ehrliche Gerechtigkeitswille, wie er aus den Artikeln des „Głos Narodu“ spricht, staatsverhaltender ist, als der groteske Unfug den das berüchtigte Krakauer Organ, der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“, der polnischen Öffentlichkeit einredet. Wenn sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen infolge der Minderheitenklagen immer weiter verschlechtern, so trägt daran nicht zuletzt die chauvinistische Presse die Schuld, die sich leider allzu wohlwollender Duldung erfreut. Es sei nur erwähnt, daß der Krakauer Kurier wieder einmal von den modernen Herren spricht, die sich infolge einer wunderlichen und tragischen Verwirrung des Schicksals in Mitteleuropa breitmachen. „Es ist erkenntlich und schrecklich zugleich“, so schreibt der „Oberschles. Kurier“, „daß sich solcher Haß in dem katholischen Polen breit machen darf, ohne daß sich eine berufene katholische Stimme zu Wort meldet, die den Götzen die des Nationalismus so scharf verurteilt, wie das allmählich zur brennenden Notwendigkeit geworden ist. Wir haben schon wegen die ungeheuerliche Verallgemeinerung der ohndreien in perfider Weise gefälschten Darstellung des Golaszowski Falles Stellung genommen. Wir möchten heute hinzufügen, daß den polnischen Diplomaten, die

sich mit der Vereinigung der Wahlorgänge vor internationalem Forum zu befassen haben werden, ein solcher Dienst geleistet worden ist. Es ist ein höchst gefährlicher Unfug, unseren Ministern und Diplomaten gegenüber der öffentlichen Meinung gewissermaßen die Hände zu binden, indem man den Irrtum großzügig, als wäre alles in bester Ordnung. Die Lage ist viel zu ernst, als daß sie noch eine weitere Verschärfung durch die Torheit jener chauvinistischen Kreise vertragen könnte, die der „Głos Narodu“ mit allem Recht als die eigentlichen Urheber der Herabminderung des polnischen Prestiges im Auslande bezeichnet.“

Rückkehr aus Brest.

Der Krakauer sozialistische „Naprzód“ veröffentlicht unter obigem Titel einen Leitartikel, der sich mit der Rückkehr des früheren Abgeordneten Mastek aus dem Militärgefängnis in Brest-Litowsk befaßt. Der Artikel ist, obwohl er mit Rücksicht auf die Zensur sehr vorsichtig geschrieben ist, so anschlußreich, daß wir ihn unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Die Schriftleitung.

„Der erste Gefangene aus Brest, den wir zu Gesicht bekamen, war Mieczyslaw Mastek. Wir haben ihn in guter Erinnerung, wie er aussah: Groß, von starkem Körperbau, beweglich und hebeilt. Als Schatten ist er zurückgekehrt. Keine Spur seiner früheren Beleibtheit. Mager und verfallen sieht er aus.“

Aber mehr als sein physischer Zustand, gibt die seelische Verfassung, in der er zurückgekehrt ist, Anlaß zu Beunruhigung. Er ist traurig und schweigend, sein Blick ist gläsern, die Augen hält er starr auf einen Punkt gerichtet. Gewisse Worte genügen, um in ihnen schreckliches Entsetzen auszulösen. Überhaupt ist seine ganze Seele mit Entsetzen ausgefüllt.

Wovor fürchtet sich dieser Mann so unmeniglich? Es ist unmöglich, dies zu erfahren, es ist unmöglich, von ihm auch nur ein einziges Wort herauszubekommen. Auf alle Fragen über die Lebensverhältnisse in Brest antwortet er in panischem Schrecken: Ich sage es nicht, um alles in der Welt sage ich es nicht, auch meiner Frau sage ich es nicht.

Dieser sein Krankheitszustand ist vorläufig noch ein Geheimnis, das aller Wahrscheinlichkeit nicht hoch wird gelöst werden können. Mastek wird einige Zeit brauchen, um in sein seelisches Gleichgewicht zurückzufinden. Er wird unbedingt Ruhe benötigen; ihm muß langsam erst das Bewußtsein der Sicherheit und der Geborgenheit zurückkehren, bevor seine Nerven sich beruhigen werden.

Wir sehen sehr viele politische Gefangene, die aus dem russischen Gefängnis zurückkehrten, nicht nach 10 Wochen, sondern nach 16 und 20 Jahren. Wir haben den verstorbenen Bronislaw Pilsudski unmittelbar nach seiner Flucht aus Sibirien, wo er 18 Jahre Zwangsarbeit verrichtet hatte, und wir haben viele, sehr viele andere politische Gefangene unmittelbar nach der Wiedererlangung ihrer Freiheit. Keiner, kein einziger von ihnen war so gebrochen, keiner gab ein solches Bild des Jammers ab, wie dieser unglückselige Gefangene von Brest. Als er nach Krakau kam, füllte sich schon am Bahnhof seine Seele mit neuer Angst und neuem Entsetzen an. Die Polizei hatte den strikten Auftrag, jede Begrüßung zu verhindern. Dem zurückgekehrten Gefangenen sollten keine Beweise irrendmehrer Sympathie und der Freude

über seine Rückkehr entgegengebracht werden. Ihren Befehl führte die Polizei so genau aus, daß der unglückliche Mastek von neuer Angst und neuem Entsetzen erfaßt wurde. Vielleicht wird es gelingen — früher oder später — noch die anderen Gefangenen von Brest zu sehen. Gegenwärtig wünschen wir Mastek baldige Genesung.“

Amollauer tötet sechs Personen.

Ein indischer Soldat, der sich mit einem burmesischen Polizeikommissar verfeindet hatte, tötete in Rangoon den Kommissar, als dieser auf der Polizeistation ankam, durch einen Gewehrschuß und feuerte dann blindlings auf alle Menschen, die ihm zu Gesicht kamen. Fünf Dorfbewohner wurden dabei getötet und vier Personen schwer verletzt.

Büchertisch.

Volkslieder der Slawen. Ausgewählt, übersetzt, eingeleitet und erläutert von Paul Eisner. In Leinen gebunden 4.25 Rm. In Halbleder gebunden 7.50 Rm. Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig.

Naturngemäß interessiert sich eine jede Minderheit für Wesen und Art des Staatsvolkes, in dessen Umgebung sie lebt. Wo finden Wesen und Art ihren ungefühltesten, reinsten Niederschlag? Im Volkslied. Das polnische Volkslied ist heute selbst für die breite Masse der polnischen Bevölkerung fremd, fast unbekannt und für andere schwer zu erreichen. Man greift deshalb gern nach der oben erwähnten Sammlung, die im Rahmen der Sammlung „Meyers Klassiker-Ausgaben“ erschienen ist. Man greift um so lieber danach, wenn man weiß, daß der Verfasser der bekannte Slawist P. Eisner ist, der auch dem polnischen Volksliede einen breiten Raum gewidmet hat. Da findet man Liebes- und Trauerlieder, die „Kolenda“-Lieder, die die Knaben jetzt wieder in den Häusern singen, wenn sie mit der Weihnachtskrippe umherziehen, Lieder zu den verschiedenen Festen und aus den verschiedenen Landesteilen. Erfreulich ist der Rhythmus einiger Gefänge (Kujawia, Krawawia) auch in den Übersetzungen getroffen.

Außer den polnischen Liedern sind die aller anderen slawischen Stämme vertreten. Die Sammlung vereint die Volkslieder aus dem ungeheuren Verbreitungsgebiet von den Sümpfen des nördlichen Nordens bis nach Albanien und vor die Tore Salonikis, von der Umgebung der Stadt Triest bis nach dem fernen Oker Afiens. In diesen Volksliedern erschließt sich uns die Urseele des Slawentums in ihrer ganzen Gegenständlichkeit, ihrem Realismus, ihrem unmythischen, durchaus auf das Irdische gerichteten Wesen, ihrer durchaus diesseitigen Sehnsucht und Gebundenheit. Ihrer Verwurzelung in Vorwelt und Heidentum. Die in dieser Sammlung enthaltenen Lieder sind Dokumente von unvergleichlicher völkerpsychologischer, kunsthistorischer und kulturhistorischer Bedeutung. Unter der reichen Übersetzungsliteratur der letzten Jahre nimmt dieser Band in künstlerischer und wissenschaftlicher Beziehung eine übertragende Stellung ein.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Unser Weihnachtsgeheimnis Preisabbau bis 33%

Kinderstrümpfe	früher 0,95	jetzt 0,50
Krawatten	1,25	0,75
Krawatten	1,25	0,80
Strümpfe	1,75	0,95
Wollsocken	2,50	1,75
Wollstrümpfe	3,50	1,95
Kinderhosen	2,90	2,25
Kinderhosen	3,25	2,50
D.-Schürze aus Seide	3,95	2,95
D.-Hemden warm	4,75	3,95
Kinderhosen	5,50	4,50
Hauschuhe	5,95	4,95
Herren-Pullover	6,95	5,50
Oberhemden mit Kragen	8,95	7,95
Schneehose	12,—	7,95
D.-Pullover mit Seide	12,50	7,95
Herren-Galosen	10,90	8,95
Damen-Hose schwarz u. br.	19,50	15,50
Herrenschuhe	25,—	19,50
Damenmäntel	38,50	29,50

Mercedes, Opel, Daimler, Dacia, Dacia 2

Holztermin.

Am Mittwoch, dem 3. Dezember d. Js. vormittags 10 Uhr, wird im Gasthaus Zelinski, Król, Nowawies 12538

Reparaturen an Wasserleitungen

Patentschlüsseln, Jaousen u. ad. l. Sach. führt aus Sienkiewicz 8, 2 Tr. r. bei Schultz. 1254



Gewächshäuser aller Art und Größe
Frühbeetenster Carlengas, Glaserkitt, Glaserdiamanten, Kleier.
A. Meyer, Fabr. Okien Inspektowych Grudziadz. Preisliste gratis. 11061

Herzliche Bitte!

Der Winter steht vor der Tür. Noch drohender hebt die Sorge ihr Haupt. Den Familien, in denen der Vater fehlt oder arbeitslos ist, fehlt es an allem. Sehr not tut geeignete Winterkleidung. Da bitten wir die lieben Hausfrauen herzlich in ihrem Kleiderkranz Umhau zu halten. So manches oetragene Kleidungsstück das sie entbehren können, kann noch gute Dienste leisten.

Jeder, der noch ein täglich Brot hat, und lei es auch knapp, soll sich mit verantwortlich fühlen für eine notleidenden Volksgenossen. Nur wenn wir uns wirklich zu einer Gemeinschaft zusammenschließen, in der einer dem andern beisteht, werden wir der Nothe Herr werden.

Spenden an Kleidungsstücke bitten wir in der Geschäftsstelle Goethestraße 37, ul. 20 Sienkiewicza 20 r. Nr. 37 abzuliefern oder anzumelden, damit sie abgeholt werden können.

Geldspenden erbitten wir auf das Konto „Altershilfe des Deutschen Frauenbundes“ der Deutschen Volksbank.

Wer nach Kräften mithilft, anderer Leiden und das frohe Gefühl der Pflichterfüllung wird ihm der beste Dank sein.

Deutscher Frauenbund, M. Schnee.



Der Weihnachtsverdienst

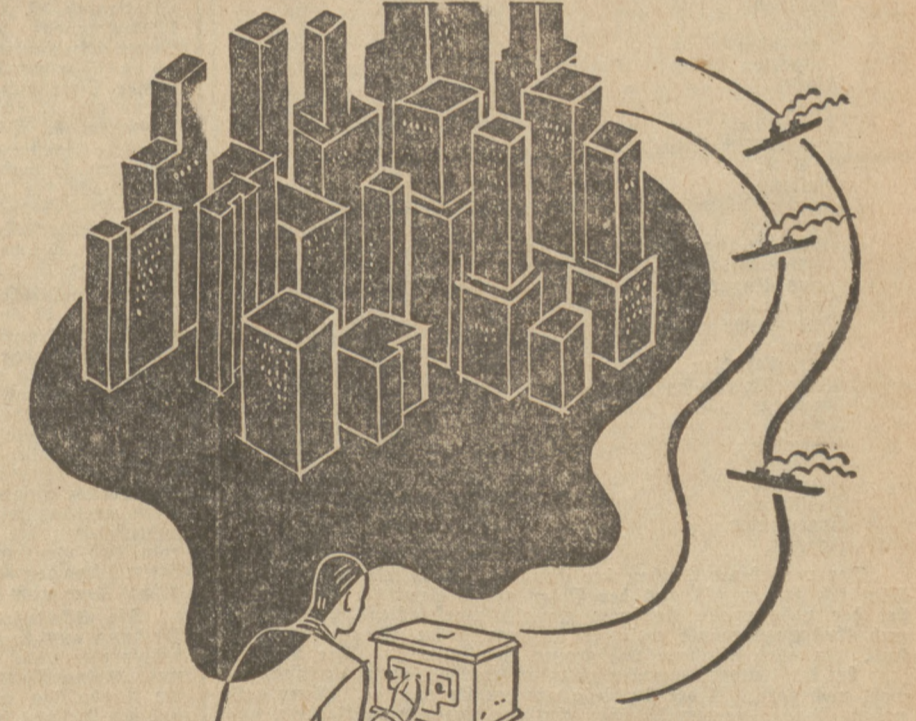
wird für jeden Geschäftsmann äußerst befriedigend sein, wenn er sich zur Ankündigung passender Weihnachts-Artikel der weitverbreiteten

Deutschen Rundschau

bedient. Infolge der großen Verbreitung des Blattes finden die Inserate überall Beachtung

Bereidigter Landmesser
Ingenieur Wilhelm Kahlhoff
Beremessungen — Parzellierungen
Agrarreform 113.
Grudziadz, ul. Marjałta Zocha Nr. 9.

H-Stollen
Nr. 8 aus garantiert schwedischen Stahl, verkauft preiswert, auch in kleineren Stollen 12377
Wolterrei
Bangellchaft
Sp. 3 d. o.
Bydgoszcz, Dworcowa 49



Amerika hören ...

bis heute ein unerfüllter Wunsch, jetzt für jeden möglich mit dem neuartigen Kurzwellen-Empfänger mit Gruppenwähler

TELEFUNKEN 32

Neuartig, denn: Bedienung einfach wie normaler Rundfunk-Empfang, eichbar an jeder beliebigen Antenne.

Telefunken bringt das bahnbrechend Neue.

Der Kurzwellen-Empfänger für den Ungeübten.

TELEFUNKEN

Die älteste Erfahrung — Die modernste Konstruktion

Telefunken Radio-Apparate und Lautsprecher
zu Fabrikpreisen bei günstigen Zahlungsbedingungen liefert die Telefunken-Dienststelle „Elektra-Schulz“, Toruń, ul. Chełmińska 4 Telefon 526

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strenge Verantwortlichkeit auferlegt.

Bromberg, 4. Dezember.

Nachfröste.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet frohenes Wetter bei wenig veränderter Temperatur, jedoch verbreiteten Nachfrösten an.

Die eigene Ehefrau erhängt.

Zwei Todesurteile in Posen.

Vor der verstärkten Erstrammer des Bezirksgerichts in Posen hatte sich wegen Ermordung seiner Frau der mehrfach vorbestrafte Michal Kuzma aus Januszewo, Kreis Schrimm, zu verantworten. Auf der Anklagebank hatte ferner seine Schwester, Johanna Kuzma, Platz genommen, die tätlichen Anteil an dem Verbrechen gehabt hat. Die Ermordung wurde am 17. Januar 1928 ausgeführt.

Die Gerichtsverhandlung deckte das traurige Verhältnis der Eheleute Kuzma auf. Die Frau hatte eine 60 Morgen große Wirtschaft und 12000 Zloty Mitgift in die Ehe gebracht. Der Angeklagte verlor sich auf verschiedene Art und Weise mit Hilfe seiner Schwester, seine Frau aus der Welt zu schaffen. Schließlich beschloß er, die Unglückliche zu erhängen, um auf diese Weise einen Selbstmord vorzutäuschen. In der Scheune brachte er einen großen Haken an. Die Schwester führte eines Tages die ahnungslose Ehefrau auf ein Brett, das sich unter dem Haken befand. Der Ehemann stellte jedoch fest, daß der Strick zu kurz war, er ergriff deshalb seine Frau und mit Hilfe der Schwester konnte der verbrecherische Plan ausgeführt werden. Man riß das unglückliche Opfer hoch, legte ihm den Strick um den Hals und zog ihm das Brett unter den Füßen weg, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Man nahm zunächst allgemein an, daß hier ein Selbstmord vorlag. Allmählich aber überzeugte man sich von dem entsetzlichen Charakter dieses Verbrechens, so daß das grauliche Geschick seiner Bestrafung entgegenstand. Das Gericht verurteilte die beiden Angeklagten zum Tode. Die Verteidigung legte gegen das Urteil Berufung ein.

§ Geschäftszeit vor den Feiertagen. Bekanntlich dürfen an den sechs Tagen vor Heiligabend die Geschäfte zwei Stunden länger als gewöhnlich, jedoch nicht länger als bis 9 Uhr abends geöffnet sein. Am sogenannten „Goldenen Sonntag“ dürfen die Geschäfte von 1 Uhr mittags bis 6 Uhr abends offengehalten werden.

§ Die Weihnachtsschulferien beginnen in diesem Jahre am Sonnabend, dem 20. Dezember, nach Beendigung des üblichen Unterrichts. Der Unterricht wird am Sonnabend, dem 3. Januar 1931 wieder aufgenommen.

§ Registrierung der Chauffeure. Bei den Warschauer Behörden wird an der Ausarbeitung einer Kartothek aller Chauffeure in Polen gearbeitet. In dieser Kartothek sollen alle Kraftwagenlenker namentlich verzeichnet sein. Ihre genaue Wohnadresse, eventl. Adressänderungen, administrative Strafen usw. Es handelt sich um eine genaue Evidenzführung der Chauffeure Polens, von denen es 99 000 gibt. Falls einem Chauffeur in einem Orte Polens aus irgend einem Grunde die Fahrerlaubnis entzogen wird, wird er nie auch an keinem anderen Orte des Landes ausüben dürfen. Das Innenministerium soll in dieser Angelegenheit entsprechende Rundschreiben an alle Wojewodschaftsämter erlassen.

§ Auktion, Autobesitzer! Wie schon an anderer Stelle unseres Blattes darauf hingewiesen wurde, müssen die Besitzer sowohl privat wie gewerbsmäßig benutzter mechanischer Fahrzeuge, deren Registrierungschein bis zum 31. Dezember 1930 gültig sind, im Dezember d. J. ihre Autos zur Untersuchung und Erlangung einer Verlängerung der Gültigkeit des Registrationsbeweises stellen. Zweck Erleichterung der Aufstellung wird die Kommission für die Untersuchung mechanischer Fahrzeuge in Bromberg am 18., 19. und 20. Dezember d. J. amtierend. Personen, welche ihre mechanischen Wagen zur Untersuchung in Bromberg vorführen wollen, müssen eine entsprechende Eingabe an das Amt für öffentliche Ordnung, Burastraße (Grodzka) 32 bis zum 12. Dezember d. J. einreichen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Autos, die nicht der Kommission gestellt werden und für die daher keine Verlängerung der Registrierungschein erlangt wird, unter Abnahme der Registrierungszeichen außer Verkehr gesetzt werden.

§ Ausreißer finden sich wieder. Ein hiesiger Arbeitsloser verabfolgte sich vor einigen Wochen von seiner Familie unter der Vorgabe, auswärtig Arbeit zu suchen. Es vergingen Wochen, ohne daß Frau und Kinder etwas von dem Verbleib des Mannes bzw. Vaters erfuhren. In der Befürchtung, daß ein Unglück eingetreten sei, machte man der Polizei Meldung, die schließlich auf die Spur des Vermißten kam. Im Kreise Konin wurde der Gesuchte ermittelt und die Polizei stellte fest, daß der gute Mann drauf und dran war, eine zweite Ehe einzugehen. An dem Tage, an dem er mit einer dort wohnhaften Witwe vor den Altar treten wollte, wurde er verhaftet und nach Bromberg geschafft. Es ist ein Verfahren wegen Blutschande gegen ihn eingeleitet. — Im Jahre 1925 verschwand spurlos der hiesige Bürger Jan Rybarczyk, der damals 30 Jahre alt war und mit seiner Frau und einem wenige Wochen alten Kinde in der Geynstraße (Marowicka) wohnte. Eine Bromberger Dame traf nun vor einigen Tagen in Danzig einen Herrn, den sie als den Vermißten und sogar totgeglaubten Rybarczyk erkannte. Sie sprach ihn an, doch erklärte der Betreffende, daß er Brodowski heiße und nichts mit einem Rybarczyk zu tun habe. Die Dame übergab ihn jedoch der Polizei, die feststellte, daß er tatsächlich der als vermißt geltende Rybarczyk aus Bromberg war; er wurde festgenommen.

§ Diebstähle und kein Ende. In eine Wohnung des Hauses Alleestraße (Stroma) 51 drangen Einbrecher ein und stahlen 75 Zloty in Bar. — In das frühere Kaiser-Kaffee-Geschäft, Danzigerstraße 44, verübten Einbrecher durch eine Seitentür einzudringen, wurden aber vertrieben. — Der Frau Maria Gawlińska, Gieseshöhe (Karpaska) Nr. 15, raubt eine weibliche Person ein Sparfassenbüch über 800 Zloty. Die Diebin hob 750 Zloty von der Bank ab und verschwand mit dem Gelde. — Vier Kaffeeküchen im Werte von 100 Zloty wurden Josef Binincki, Golebia 99, aus dem Stalle gestohlen. — Eine größere Anzahl Kaffeeküchen im Werte von 200 Zloty wurde in der Nacht zum 2. d. M. der Frau Genowefa Zatorska,

Danzigerstraße 132, aus dem Schrebergarten am Schwarzen Weg in Bleichfelde gestohlen. — Dem Danzigerstraße 41 wohnhaften Franz Giermek wurden aus dem Keller etwa 5 Zentner Kohle gestohlen.

§ Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages drei Personen wegen Trunkenheit und Vornahme auf der Straße.

g. Crone (Koronowo), 3. Dezember. Kürzlich geriet der Besitzer Dkiewicz aus Witoldowo bei Gogolin mit der linken Hand in die Walze des Dreschkastens und dann in den Stüttenkasten. Er erlitt Quetschungen bis an den Ellenbogen. D. wurde ins Krankenhaus eingeliefert, wo ihm der Arm amputiert werden soll.

*** Mrotkchen (Mroczka), 3. Dezember.** Ein Einbruch wurde bei dem Besitzer Baer-Karaszko (Konstantowo) verübt. Die Diebe drangen in den Keller und stahlen 32 Einmachgläser mit Fleischkonserven und verschiedenen Gemüsen. — In den Getreidespeicher des „Kolniz“ drangen fünf bissher unermittelte Diebe in der Absicht, Getreide zu stehlen. Sie wurden jedoch durch einen Arbeiter und den Aufsicht des „Kolniz“ verschreckt.

*** Gnesen (Gniezno), 3. Dezember.** Vermißt wird der Schüler der deutschen Privatschule in Gnesen, Paul Stibbe aus Rzegnówo, Post Dziekanowice. Er hat am 13. v. M. die elterliche Wohnung verlassen, um zur Schule zu fahren, ist aber in der Schule nicht gewesen, sondern mit einem Fahrrad fortgefahren und bis heute nicht wieder zurückgekehrt. Der Knabe ist 13 Jahre alt, mittelgroß, blond, mit einem dunkelbraunen Poppenmanchesteranzug (Kniehosen), schwarzen Strümpfen, schwarzen Schnürschuhen und einer Ledermütze bekleidet. Das Fahrrad hatte einen neuen schwarzen Rahmen und an der Lenkstange gelbe Gummigriffe. Am Sonnabend, 15. v. M., ist der Knabe mit dem Fahrrad in Dobornik gemeldet, von dort ab fehlt bis jetzt jede Spur.

oo Debenke (Debieńsk), Kreis Wirsch, 2. Dezember. Eine graue Krähe hat der Förster Henke aus Dombowo, Kreis Wirsch, geschossen, die einen Ring der Vogelwarte Rositten mit der Nr. 42742 D. trug. Beringt wurde sie am 17. 10. 29 an der Windenburger Ecke im Memelgebiet. — Heute früh nach 7 Uhr brach bei dem Besitzer Muszaj I in Broniewo Feuer aus, das den Schweinestall vernichtete. Die Schweine konnten gerettet werden.

*** Inowrocław, 3. Dezember.** Vom hiesigen Gericht wurden verurteilt: die Eheleute Karczmański von hier, die den Gerichtsvollzieher Wikowski, der eines Tages in dienstlicher Angelegenheit in ihrer Wohnung erschien, eingeschlossen und somit der Freiheit beraubten, zu je 100 Zloty Geldstrafe, und die Brüder Stefan und Walenty Starosciaf aus Rzeszyn, die dem Propst Szczępanki aus Roszczisz eine größere Menge Obst, und zwar Apfel und Birnen, gestohlen hatten, zu 10 bzw. 9 Monaten Gefängnis. — Ein Motorradfahrer stürzte vor seinem Rade und brach sich dabei ein Bein.

*** Strelno (Strzelno), 3. Dezember.** In der letzten Sitzung des hiesigen Stadtparlaments wurde der Schornsteinfegerzunft angenommen, desgleichen die Gebühren für das Halten der Autobusse in bisheriger Höhe, d. h. 30 Zloty, zu erheben. Nicht bekräftigt wurde die vom Magistrat in Vorschlag gebrachte Erhöhung der Gebühren für das Fahren der Straßen auf 5 Groschen für einen Quadratmeter; man bewilligte nur eine Erhöhung der bisherigen Gebühren um 25 Prozent für die Straßen 1. und 2. Kategorie. In die Steuerkommission gewählt wurden die Herren Kazmierczak, Jezierski und Siplek; abgelehnt wurde der Antrag des Magistrats um Aufnahme einiger kurzfristigen Anleihen. Außerdem befand sich auf der Tagesordnung auch noch die Frage der Legate für die Stadt Strelno. Wie bekannt, hinterließ der verstorbene Dr. Cieslewicz 1000 Zloty für die Armen der Stadt Strelno und 1000 Zloty für die Mittelschule in Strelno, von welchen Beträgen die Zinsen alljährlich als Weihnachtsgeschenk unter die Allerärmsten bzw. an die armen Schüler verteilt werden sollen. Die Versammlung beschloß, beide Legate anzunehmen und ehrte hierauf das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sigen.

*** Rakosch (Rakosé), 3. Dezember.** Diebstähle. In der Nacht zum 28. November wurden aus dem Geschäft des Kaufmanns Dattel am Markt sechs Sweater und aus dem Stalle des Besitzers M. Jasiński sechs Enten im Werte von 35 Zloty gestohlen. — Fast jede Lohnauszahlung während der Kampagne in der hiesigen Zuderfabrik hat infolge Betrunkensein der Arbeiter verschiedene Ausschreitungen zur Folge, die sich vorwiegend halbwillkürige Verschuldungen auslösten. Die letzten Ausschreitungen fanden am Mittwoch, 26. v. M., in den Straßen der Stadt und auf der Inowrocłower Chaussee statt, wo die betrunkenen Arbeiter sich gegenseitig verprügelten und die Straßenpassanten belästigten. Die Polizei hatte alle Hände voll zu tun, um die rabauflustigen Trunkenbolde zu Ruhe zu bringen.

*** Posen (Poznań), 3. Dezember.** Der Sängerbund Posen = Pommerellen hielt am 30. v. M. im Café „Bristol“ zu Posen seine diesjährige Vertreterversammlung ab. Dem Verbandsrat wurde wieder einige Vereine beitreten, so daß die Mitgliederzahl jetzt über 1000 beträgt. Die bisherigen Vorstandsmittelglieder wurden wiedergewählt, und zwar die Herren Kreischer zum ersten, Niefel zum zweiten Vorsitzenden, Pannicke als Schriftführer, Spang als Kassierer, sämtlich in Bromberg; außerdem wurde der engere Vorstand durch Mitglieder der einzelnen Gauen verstärkt. Zu Bundesvorsitzenden wurden die Herren A. Hetschko = Graudenz und Anderlik = Inowrocław wiedergewählt. Das 5. Bundeslängetfest soll Anfang Juli nächsten Jahres in Posen stattfinden.

n. Ostrów (Ostrów), 2. Dezember. Der hiesigen Kriminalpolizei gelang es, zwei gefährliche Verurteilte, die in der letzten Zeit in unserer Stadt verschiedene raffinierte Einbrüche verübten. Es handelt sich um Julian Bokowski, Krenpa, Gartenstraße 2 und Anton Mrowka, Bismarckstraße 38. Sie wurden in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert. In's Kreuzverhör genommen, gestanden sie, fünf Einbrüche verübt zu haben und zwar bei dem Offenfabrikanten Oskar Kurzbach, Gymnasialstraße, Gastwirt Motyl, Breslaustraße, Konditorei Leon Tomaszewski, Bahnhofsstraße, Fleischermeister Przybylski, Gerichtsstraße und Gastwirt Karasiński, Krenpa.

Aus Kongregpolen und Galizien.

*** Warzhan (Warzawa), 3. Dezember.** Ein Räuber ermordet und beraubt seinen Genossen. Bei Kolno, an der deutsch-polnischen Grenze, stieß eine Abteilung des Grenzschutzkorps mit zwei Banditen zusammen, die auf ostpreussisches Gebiet gelangen wollten. Als einer der Banditen verletzt wurde, tötete ihn sein Genosse, beraubte ihn und entfloß über die Grenze. Die Leiche des Banditen liegt auf deutschem Gebiet, einige Schritte von der Grenze entfernt. Die deutsche Behörde hat nach dem zweiten Banditen Nachforschungen angeestellt.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

Ein Kind in Flammen.

*** Johannsburg, 3. Dezember.** Das siebenjährige Töchterchen einer herumziehenden Händlersfamilie kam dem im Wageninnern stehenden, stark geheizten Ofen zu nahe. Im Nu standen die Kleider des Kindes in hellen Flammen. Mit schweren Brandwunden brachte man es in das Krankenhaus, wo es bald darauf unter entsetzlichen Qualen starb.

*** Rastenburg, 3. Dezember.** Zus Operationsmesser gefallen. Der praktische Arzt Dr. Herbert Schwinning ist auf tragische Weise ums Leben gekommen. Am Sonnabend abend wollte er seinem Gurdy mit einem Messer eine Zehentralle beschnneiden. Hierbei kam Dr. Schwinning auf dem frisch gebohrten Boden so unglücklich zu Fall, daß ihm das Messer einige Zentimeter tief in das Herz drang. Er verschied bald nach dem traurigen Unglücksfall. Der sofort herbeigerufenen Arzt konnte Dr. Schwinning, der nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, nicht mehr retten.

*** Wormbitz, 2. Dezember.** Überfall. Der Lehrling Siegfried Kitzel, der bei Uhrmacher Radig tätig ist, wurde nach Mitternacht geschickt, um dort eine Uhr auszubessern. Unterwegs näherte sich ihm ein Auto, das kurz vor ihm anhaltete, und aus dem zwei Männer heraussiegten, die den Lehrling überfielen. Sie packten ihn samt seinem Fahrrad in das Auto und fuhren eine Strecke mit ihm fort. Sie raubten ihm die Taschenuhr und das Taschengeld und brachten ihn bis in die Nähe von Heilsberg, wo sie ihn auf offener Chaussee absetzten. Der Junge muß von den Räubern mißhandelt worden sein, da man ihn betrübelt aufsand.

*** Rummelsburg, 3. Dezember.** Schwer verletzt wurde kürzlich der Schneidermeister Komischke aus Gaden in das hiesige Krankenhaus eingeliefert, wo er zwei Tage darauf verschieden ist. K. hatte auf einem Fuhrwerk eines Selberger Besitzers eine Fahrt mitgemacht. Das Fuhrwerk, auf dem der Getötete saß, fuhr dabei gegen einen Baum. K. wurde von seinem Sitz erschleudert und im Gestränge des Wagens noch etwa 200 Meter weit mitgeschleift, was die tödlichen Verletzungen zur Folge hatte.

*** Unblich, 3. Dezember.** Die Untersuchungen der Polizei und der Staatsanwaltschaft zu dem Falle der in einem Karpenteier tot aufgefundenen Hausangestellten Frieda Korn haben ergeben, daß das junge Mädchen freiwillig aus dem Leben geschieden ist. Der unter dem Verdacht, die Korn ermordet zu haben, verhaftete junge Mann konnte schon nach kurzer Haft freigelassen werden.

*** Bitow, 3. Dezbr.** Tödliches Rodelunglück. Der Schüler Gustav Stolpe aus Manawitz war beim Rodeln auf der Chaussee so verunglückt, daß er nach Bitow ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Hier wurde eine schwere Verletzung der Wirbelsäule festgestellt; der verunglückte Junge ist dieser Verletzung erlegen.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementszahlung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

„Art. 400.“ 1. Die Hypothek von 1880 Mark kann bis 100 Prozent = 2074 Zloty answertet werden, wenn Sie schon Eigentümer des belasteten Grundstücks waren, als die Eintragung erfolgte, und wenn das Grundstück seitdem nicht an Wert verloren hat. 2. Da ein Moratorium nicht mehr besteht, braucht Ihnen der Gläubiger den Zahlungsaufschub nicht zu bewilligen. 3. Wenn Sie Unkosten, die schon durch den Antrag auf Zwangsversteigerung entstehen, vermeiden wollen, wird Ihnen wohl nichts übrig bleiben als sich zu einigen. 4. Der Gläubiger kann von den fällig gewordenen Zinsen die gesetzlichen Zinsen verlangen, die a. J. 10 Prozent betragen.

A. O. M. Ihr Verwandter muß sich mit einem Antrag an das für ihn zuständige polnische Konsulat in dem Lande, in dem er sich aufhält, mit dem Antrag wenden, seine polnische Staatsangehörigkeit anzuerkennen. Er muß dabei seinen Geburtsort angeben und eine vom Vögte des Wohnortes seiner Eltern ausgestellte Bescheinigung, daß seine Eltern seit länger als 10 Jahren in der betreffenden Ortlichkeit ein Grundstück besitzen. Zwar hätte dem sich gegenwärtig aufhält, werden, seine polnische Staatsangehörigkeit nach der Wiener Konvention spätestens am 27. Februar 1925 erfolgen müssen, aber er kann vielfach dem gegenüber geltend machen, daß er von Verus Seemann ist und in den letzten Jahren sich an Land nur in Eschafien bewegt hat, wo eine polnische Konsularvertretung nicht besteht. Wenn das bez. polnische Konsulat seinen Ansuchen auf die polnische Staatsangehörigkeit anerkennt, dann wird es ihm einen Paß ausstellen, den er von der Poststelle des Landes, in dem er sich aufhält, versehen lassen muß. Nach allseitiger Übereinstimmung aller dieser Formalitäten kann er ungehindert in Polen reinfahren.

F. S. Sie müssen sich von der Berlin-er Schule eine Bescheinigung ausstellen lassen, daß Sie dort zu Ihrer weiteren Ausbildung aufgenommen werden. Diese Bescheinigung müssen Sie einem Besuch an das Ministerium oświaty um Erteilung eines Studienpassages bei und neben beides bei dem für Sie zuständigen Starostwo ab mit der Bitte, es an das Ministerium weiterzuleiten zu wollen. Der Paß wird in kurzer Zeit ausgestellt, er hat eine Gültigkeitsdauer von einem Jahr und kostet 20 Zloty.

B. 100. Es gibt keine Instanz, an die Sie sich wegen Bescheinigung der Sache wenden können. Sie müssen einfach die Entscheidung über die Reklamation abwarten, alles andere ist nutzlos und zwecklos. Wichtiger ist, daß Sie einwandfrei nachweisen, daß die behördliche Entscheidung weit über das Ziel hinausgeht.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke, verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse für Handel und Wirtschaft: Hans Bieler für Stadt und Land und den abstrakt unpolitischen Teil: Marian Dople für Anzeigen und Reklamen: Edmund Prądokatti Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 281

